

## AFFÄREN

## GEFANGENEN-GEWERKSCHAFT

## Noch und noch

Um straffällig gewordene Mitbürger gegen Willkür in der Haft oder Fährnisse nach der Entlassung zu beschützen, gründete der Druckereikaufmann Alfons Bitterwolf die „Deutsche Gefangenengewerkschaft e. V.“ (DGG). Nun läuft er Gefahr, selber der Fürsorge seines Vereins anheimzufallen.

Denn gegen Bitterwolf, 2. Vorsitzender und Hauptgeschäftsführer der DGG, ermittelt der Frankfurter Staatsanwaltschaftsassessor Ulrich Huth wegen des Verdachts der Untreue und des Betruges.

Schon bald nach der Gewerkschaftsgründung am 15. August letzten Jahres im hessischen Neu-Isenburg hatte Bitterwolf, 1961 wegen Betrugs in 23 Fällen zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, das wohlthätige Unternehmen zum Geschäftsbetrieb umfunktioniert. Das Renommee der Gefangenengewerkschaft, für das etliche Rechtsanwälte ihren Namen gaben, war ihm hilfreich dabei.

Zunächst schloß Geschäftsführer Bitterwolf — gemeinsam mit dem 1. Vorsitzenden und Rechtsanwalt Wolfgang Schelte aus dem westfälischen Unna — Lieferverträge über rund 500 Autos der Marken Peugeot, BMW und Ford ab. Die Wagen sollten an entlassene Gefangene und mittellose Anwälte zu günstigen Bedingungen abgegeben werden. Bitterwolf damals: „Wir werden wahrscheinlich bis zu 5000 Wagen in einem Jahr verkaufen.“

Doch die DGG konnte bislang nur knapp zwei Dutzend Fahrzeuge absetzen. Eins davon, ein BMW 2002, ging an den Mannheimer Rechtsanwalt Gernot Reichert — ein Mitglied der Gewerkschaft, das mit 36 Wechseln zahlte, aber gleichzeitig die DGG vertraglich verpflichtete, „die Einlösung der Finanzierungswechsel dadurch sicherzustellen, daß sie monatlich 402,20 Mark an den Käufer ... überweist. Diese Überweisungen werden auf Honorarforderungen von RA Reichert gegen die DGG verrechnet. Erteilt die DGG weniger Mandate, so trägt sie den Ausfall.“

Und auch Nebengeschäfte des gewerkschaftlichen Autohandels blieben ohne Fortüne. Mit der Paul Schweitzer KG in Darmstadt, einer Bezirksdirektion der Agrippina Versicherung, vereinbarten Bitterwolf und Schelte die Vermittlung von „mindestens 1000 bis 2000“ Kfz-Versicherungen. Die Darmstädter Firma honorierte diese Zusage mit einem Provisions-Vorauscheck über 5000 Mark — den sie jetzt wieder zurückfordert. Denn die DGG lieferte bislang nur fünf Versicherungen.

Um seinem Verein Publizität zu verschaffen, gründete Alfons Bitterwolf schließlich eine Zeitschrift. Die Illustrierte „Blitz“ (Preis: eine Mark) mit Kreuzworträtseln und einem von Bitterwolf selbst verfaßten Trivialroman versehen, sollte sich vor allem kritisch mit dem Strafvollzug beschäftigen.



Gefangenen-Illustrierte „Blitz“  
Trivial mit Rätseln

Bitterwolf prophezeite dem 40-Seiten-Wochenblatt „für 1969 eine Auflage von 500 000, davon 80 000 im Abonnement“. Doch „Blitz“ kam über sieben Nummern und eine Auflage von 2500 nicht hinaus. Anzeigengeschäfte kamen nicht zustande, an Abonnenten-Geldern gingen nur wenige hundert Mark ein. Dagegen kostete der Lohndruck der ersten beiden Auflagen zusammen etwa 30 000 Mark. Strafgefangene bekamen das Blatt kaum zu Gesicht, da die meisten Strafanstalten den „Blitz“ nicht durchs Tor ließen.

Um die DGG von den hohen Druckkosten zu befreien, gründete Bitterwolf — zusammen mit Anwalt Schelte und Ko-Geschäftsführer Steil — die Polypress GmbH, die allerdings bislang nicht ins Handelsregister eingetragen wurde, weil der Nachweis des



Gefangenen-Funktionär Bitterwolf  
Rettungsversuche durch neue Firmen

einzuzahlenden Gesellschafterkapitals unterblieb.

Inzwischen wechselte die Polypress zweimal ihren Namen: Nach kurzem Leben als Multipress heißt sie nun Blitzdruck GmbH und hat — laut Bitterwolf — ein Gesellschafterkapital von 50 000 Mark. Der Druckerei-Fachmann hält nominal 46 000 Mark, Rechtsanwalt Schelte 4000 Mark. Ge-

zahlt hat Schelte jedoch nichts: „Das will Bitterwolf für mich gemacht haben.“

Der wiederum verbreitet bei Geschäftsfreunden, der Maschinenpark seiner Druckerei sei teils voll bezahlt, teils solide finanziert. In Wahrheit hat Bitterwolf die Maschinen — von geringen Abzahlungen abgesehen — bei vier Firmen auf Wechsel gekauft. Von zwölf bislang fälligen Akzepten gingen die letzten fünf zu Protest. Doch Bitterwolf schreckt das nicht: „Ich habe Druckaufträge noch und noch.“

Möglicherweise übersieht der Druckereikaufmann dabei eine weitere Wechselwelle, die durch ein drittes Geschäft ausgelöst wurde.

Mit dem „Fortuna Ehevermittlungsinstitut“ in Hausen bei Offenbach war Bitterwolf einen scheinbar lukrativen Handel eingegangen. Fortuna-Geschäftsführer Koblin sollte 52 Inserate für je 2000 Mark in der Gefangenen-Illustrierten aufgeben, Bitterwolf garantierte dafür eine Kreditvermittlung bis zu 800 000 Mark jährlich für Darlehnsanträge solcher Fortuna-Kunden, die den üblichen Vorschuß nicht bar bezahlen konnten.

Der Gewerkschaftsführer bedachte nicht, daß Provisionen für Ehevermittlung laut Bürgerlichem Gesetzbuch nicht eingeklagt werden können und deshalb kaum eine Bank bereit ist, die Finanzierung einschlägiger Darlehnsanträge zu übernehmen.

So ging auch dieses Geschäft des Gefangenen-Fürsorgers prompt daneben. Aufgrund des Ehe-Vertrages hatte der Stuttgarter Investmentfonds-Händler Wolf Hildebrand bare 80 000 Mark an Bitterwolf gezahlt und sich mit 52 — wöchentlich fälligen — Wechseln über je 2000 Mark gesichert.

Doch keine Bank war bereit, die „Fortuna“-Kreditträge via Bitterwolf anzunehmen. Und Geld für Inseerate bekam Bitterwolf schon deshalb nicht, da „Blitz“ gar nicht mehr erschien. Nur die an Hildebrand gegebenen Wechsel laufen — und platzen jetzt regelmäßig. Bitterwolf bitter: „Der Koblin hat mich regelrecht gefilmt. Der war viel raffinierter als ich.“

Gewerkschaftsvorsitzender Schelte hat unterdessen den Überblick verloren: „Ich bin an und für sich überrascht, was Bitterwolf da alles gegründet hat.“

Von den 14 Vorstandsmitgliedern der Gefangenengewerkschaft sind inzwischen acht ausgetreten. Doch Bitterwolf und Schelte wollen weitermachen. Eine Lumpensammlung zugunsten der DGG und zwei neue Firmengründungen sollen jetzt aus den roten Zahlen retten, Bitterwolf: „Da werden wir in den nächsten Jahren fünf Millionen verdienen.“

Frankfurts Staatsanwalt Huth, vor Bitterwolfs Überredungskünsten gewarnt, ist auf alles gefaßt. Er will sich „vorsorglich entmündigen lassen, wenn Bitterwolf zum Verhör kommt. Sonst laufe ich womöglich noch Gefahr, mit dem Mann rechtsverbindliche Geschäfte abzuschließen“.